

BFF-BIG-Fraktion - Mitteilung 16-2025

„Dauerstau am Hauptbahnhof vorprogrammiert“ BFF-BIG warnt vor Plänen des Magistrats zur Düsseldorfer Straße

Auf Kritik des verkehrspolitischen Sprechers der BFF-BIG-Fraktion im Römer, Uwe Schulz, ist die vom Mobilitätsdezernat vorgestellte verkehrliche Umgestaltung der Düsseldorfer Straße gestoßen. Die entsprechende Vorlage des Magistrats soll von den Stadtverordneten in der Plenarsitzung am 8. Mai 2025 verabschiedet werden.

„Der Wegfall der Durchfahrtsmöglichkeit für den Autoverkehr in Richtung Norden hat die Deregulierung des gesamten Autoverkehrs im Bereich um den Hauptbahnhof zur Folge.“, warnt Schulz vor dem entsprechenden Vorhaben des Magistrats. „Die einzig verbleibende Route von Süden kommend zur Messe führt dann durch die Karlstraße, wo am Eingang noch die Fahrspuren reduziert werden. Damit ist ein Dauerstau am Hauptbahnhof vorprogrammiert.“

Nach Einschätzung der BFF-BIG-Fraktion dürfte eine Durchfahrt von Norden nach Süden über den Hauptbahnhof für den motorisierten Individualverkehr kaum noch möglich sein, sollte der Magistrat seine Planungen tatsächlich umsetzen. „Was logischerweise folgen wird, ist die weiträumige Verteilung des Verkehrsaufkommens im Bahnhofsumfeld.“, stellt Schulz fest. „Doch hat es bislang weder vertiefende Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit der dann zu erwartenden neuen Verkehrsbeziehungen gegeben, noch Berechnungen der Leistungsfähigkeit von Karlstraße und Mainzer Landstraße.“

Zudem stelle sich die Frage, wie zukünftig die Andienung von Büros und Gewerbebetrieben, des Einzelhandels und auch der Hotels an der Ostseite der Düsseldorfer Straße erfolgen solle. Hotelgäste könnten mit ihrem Gepäck mittels Taxi zudem nicht mehr problemlos anreisen, so die Befürchtung von Schulz. „Die geplante Umgestaltung der Düsseldorfer Straße ist eine weitere Maßnahme unter Federführung eines grünen Verkehrsdezernenten, die einseitig zu Lasten des Autoverkehrs geht und jegliche Gesamtkonzeption vermissen lässt.“, unterstreicht Schulz. Seine Fraktion werde dieses Vorhaben daher konsequent ablehnen.

Frankfurt am Main, 23. April 2025